

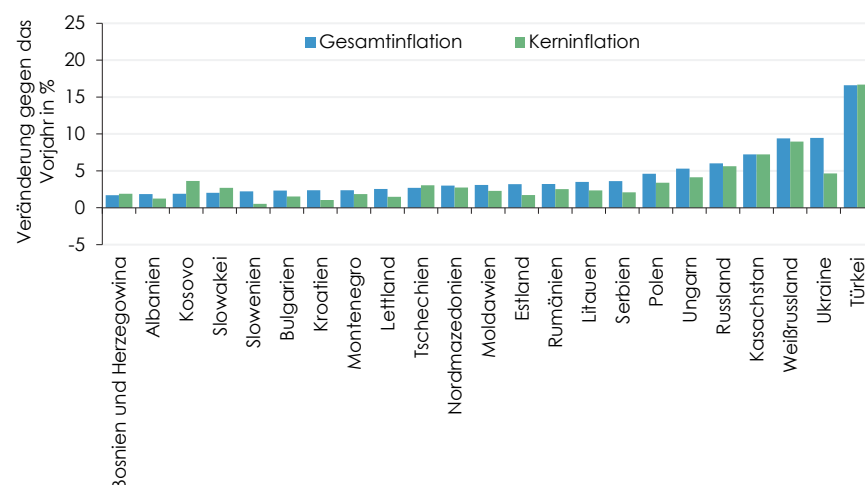
Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise

Vasily Astrov, Branimir Jovanovic (wiw)

- Die dritte COVID-19-Welle im I. Quartal 2021 traf die Wirtschaft der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) nur relativ schwach. Die Tiefe der Rezessionen in den einzelnen Ländern hing stark mit dem Ausmaß der jeweils verhängten Restriktionen zusammen.
- Im Durchschnitt der MOSOEL dürfte das BIP 2021 um 4,2% wachsen. Ein solches Wachstum würde den Rückgang im Jahr 2020 (-2,3%) mehr als ausgleichen.
- Die Arbeitslosigkeit in der Region stieg bislang nur mäßig an, nicht zuletzt aufgrund der Abnahme der Erwerbsquoten in vielen Ländern. Sollte jedoch die Anzahl der Insolvenzen zunehmen, könnte sich das bald ändern.
- Angesichts des jüngsten starken Anstiegs der Inflation ist die Phase der geldpolitischen Expansion in vielen MOSOEL vorbei.
- Die im Zuge der COVID-19-Krise verabschiedeten Konjunkturpakete waren in Mittel-, Ost- und Südosteuropa im Allgemeinen weniger umfangreich als in Westeuropa. Eine vorzeitige Budgetkonsolidierung, vor allem am Westbalkan und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), ist eines der Hauptrisiken für die wirtschaftliche Erholung.

Gesamt- und Kerninflation der Verbraucherpreise

Mai 2021, auf Jahresbasis



"Die Inflation in den MOSOEL wurde auch durch Unterbrechungen der Versorgungsketten während der COVID-19-Krise befeuert. In einigen Ländern spielen auch nachfrageseitige Einflüsse, die sich aus dem kräftigen Aufschwung ergeben, eine Rolle. Diese Entwicklungen führten bereits in mehreren Ländern der Region zu einer Straffung der Geldpolitik."

Die Inflation erreichte im Mai 2021 im Durchschnitt der MOSOEL 4,4%. Für den Anstieg waren zwar vor allem die Energie- und Nahrungsmittelpreise verantwortlich. Die Teuerung in diesen Bereichen schlägt sich jedoch in vielen MOSOEL in einem Anstieg der Gesamtpreise nieder, wie man an der Entwicklung der Kerninflation erkennen kann (Q: wiw-Monatsdatenbank).

Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise

Vasily Astrov, Branimir Jovanovic (wiiw)

Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise

Die Wirtschaft der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) zeigte sich widerstandsfähig gegenüber der starken Welle der COVID-19-Pandemie Anfang 2021. Auch die zu erwartende vierte Welle dürfte keinen so großen wirtschaftlichen Schaden mehr anrichten wie die beiden Wellen im Jahr 2020. Das BIP wird in dieser Ländergruppe 2021 um voraussichtlich 4,2% wachsen, womit der Rückgang im Jahr 2020 (-2,3%) mehr als ausgeglichen würde. Allerdings stieg auch die Inflation zuletzt kräftig an, viel stärker als im Euro-Raum. Obwohl die Teuerung hauptsächlich auf die Energie- und Nahrungsmittelpreise zurückgeht, strafften sechs MOSOEL bereits ihre Geldpolitik. Weitere Länder der Region dürften bald folgen.

JEL-Codes: E20, E66, I18, O52, O57, P24 • **Keywords:** Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Wirtschaftsprognosen, COVID-19-Krise

Begutachtung: Richard Grieveson • **Wissenschaftliche Assistenz:** Alexandra Bykova (bykova@wiiw.ac.at), Beate Muck (muck@wiiw.ac.at), Galina Vasaros (vasaros@wiiw.ac.at) • Abgeschlossen am 17. 7. 2021

Kontakt: Dipl.-Vw. Vasily Astrov, MSc (astrov@wiiw.ac.at), Branimir Jovanovic, PhD (jovanovic@wiiw.ac.at)

Central, Eastern and Southeastern Europe on the Road to Recovery from the COVID-19 Crisis

The economies of the Central, Eastern and Southeastern European countries (CESEE) proved resilient to the strong wave of the COVID-19 pandemic in early 2021, and the expected fourth wave is also unlikely to cause as much economic damage as the two waves in 2020. GDP is expected to grow by 4.2 percent in this group of countries in 2021, which would more than offset the decline in 2020 (-2.3 percent). However, inflation has also risen sharply recently, much more strongly than in the euro area. Although inflation is mainly due to energy and food prices, six CESEE countries have already tightened their monetary policy. Other countries in the region are likely to follow soon.

1. Milde COVID-19-Maßnahmen dämpften die Wertschöpfungsverluste

Die COVID-19-Pandemie traf die mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) hart. Die erste Welle im Frühjahr 2020 erfasste vor allem die GUS-Mitglieder, die Türkei und einige Westbalkanländer, während das Infektionsgeschehen in den meisten mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern rasch unter Kontrolle gebracht wurde. Die zweite COVID-19-Welle, die im Herbst 2020 ausbrach und bis in das Jahr 2021 hinein andauerte, traf dagegen – ähnlich wie Österreich – auch die EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa mit voller Stärke.

Die wirtschaftlichen Einbußen in den MOSOEL fielen 2020 allerdings vergleichsweise gering aus: Im gewichteten Durchschnitt der Ländergruppe schrumpfte das reale BIP um lediglich 2,3% gegenüber 2019. Der BIP-Rückgang war somit nur etwa ein Drittel so kräftig wie im Euro-Raum (-6,5%; Übersicht 1). Dies könnte zum Teil strukturell bedingt sein: Der Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors, der am stärksten unter

der COVID-19-Krise litt, ist in den MOSOEL generell niedriger als in Westeuropa und reichte 2019 von 64% des BIP in Lettland bis 47% im Kosovo. Im EU-Durchschnitt tragen die Dienstleistungen dagegen zwei Drittel zum BIP bei.

Die kräftigsten BIP-Rückgänge verzeichneten 2020 Montenegro (-15,2%) und Kroatien (-8%) – beides Länder, deren Wirtschaft stark auf dem Tourismus beruht. Auch in allen übrigen MOSOEL war das BIP 2020 rückläufig, nur in der Türkei wuchs die Wirtschaft um 1,8% – in erster Linie dank einer sehr expansiven Geldpolitik. Die Tiefe des wirtschaftlichen Einbruchs in den MOSOEL hing nicht zuletzt mit der Schärfe der jeweiligen COVID-19-Maßnahmen zusammen. Länder wie Russland und Weißrussland, die nur milde bzw. keine Restriktionen eingeführt hatten, schnitten wirtschaftlich besser ab als etwa die Visegrád- oder die Westbalkanländer, die umfangreiche Lockdown-Maßnahmen verhängt hatten.

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum und Verbraucherpreisinflation

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise				
	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 4,0	- 3,9	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,6
Bulgarien	+ 3,7	- 4,2	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0
Tschechien	+ 2,3	- 5,6	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0
Estland	+ 5,0	- 2,9	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,3	+ 2,3	- 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,2
Kroatien	+ 2,9	- 8,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 4,0	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Ungarn	+ 4,6	- 5,0	+ 4,9	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,5	+ 3,5
Litauen	+ 4,3	- 0,9	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,3
Lettland	+ 2,0	- 3,6	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,8	+ 2,7	+ 0,1	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,5
Polen	+ 4,7	- 2,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,4	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5
Rumänien	+ 4,1	- 3,9	+ 5,2	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,3	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,0
Slowenien	+ 3,2	- 5,5	+ 4,0	+ 4,3	+ 3,4	+ 1,7	- 0,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
Slowakei	+ 2,5	- 4,8	+ 4,0	+ 4,4	+ 3,9	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Euro-Raum ²⁾	+ 1,3	- 6,5	+ 4,4	+ 4,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,4
EU 27 ²⁾	+ 1,6	- 6,1	+ 4,5	+ 4,2	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6
Westbalkanländer ¹⁾	+ 3,6	- 3,1	+ 5,1	+ 4,1	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0
Albanien	+ 2,1	- 3,8	+ 5,0	+ 4,4	+ 4,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,6
Bosnien und Herzegowina	+ 2,8	- 4,3	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,3	+ 0,6	- 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2
Montenegro	+ 4,1	- 15,2	+ 6,5	+ 6,0	+ 4,0	+ 0,4	- 0,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5
Nordmazedonien	+ 3,2	- 4,5	+ 4,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0
Serbien	+ 4,2	- 1,0	+ 6,0	+ 4,2	+ 4,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,2
Kosovo	+ 4,8	- 3,0	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,4	+ 2,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0
Türkei	+ 0,9	+ 1,8	+ 5,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 15,2	+ 12,3	+ 16,0	+ 12,0	+ 10,0
GUS, Ukraine ¹⁾	+ 2,4	- 3,0	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,8	+ 5,0	+ 3,7	+ 6,5	+ 4,8	+ 3,8
Weißrussland	+ 1,4	- 0,9	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 5,6	+ 5,5	+ 8,0	+ 7,0	+ 7,0
Kasachstan	+ 4,5	- 2,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 4,4	+ 5,3	+ 6,7	+ 7,2	+ 6,2	+ 5,8
Moldawien	+ 3,7	- 7,0	+ 7,0	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,2	+ 4,5
Russland	+ 2,0	- 3,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,2	+ 4,4	+ 3,2
Ukraine	+ 3,2	- 4,0	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,5	+ 7,9	+ 2,7	+ 8,3	+ 6,0	+ 5,5
Visegrád-Länder ¹⁾	+ 4,1	- 3,8	+ 3,9	+ 4,4	+ 4,1	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,5
Baltische Länder ¹⁾	+ 3,9	- 2,1	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,8	+ 2,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,1
Südosteuropäische Länder ¹⁾	+ 3,8	- 4,1	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,2	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5
GUS 3 und Ukraine ¹⁾³⁾	+ 3,5	- 3,1	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,7	+ 6,5	+ 4,7	+ 7,7	+ 6,2	+ 5,8
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 2,0	- 1,6	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 7,7	+ 6,1	+ 9,1	+ 6,8	+ 5,5
MOSOEL insgesamt ¹⁾	+ 2,6	- 2,3	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 7,3	+ 5,6	+ 4,6

Q: wiw, Eurostat. 2021 bis 2023: wiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 29. 6. 2021. – ¹⁾ wiw-Schätzung. – ²⁾ wiw-Prognosen. – ³⁾ Ohne Russland.

Die Zahl der Neuinfektionen war im I. Quartal 2021 in der Mehrzahl der MOSOEL höher als in Österreich (Abbildung 1), was zum Teil daran lag, dass die dortigen Regierungen von erneuten strikten Lockdown-Maßnahmen Abstand nahmen. Die gesundheitspolitischen Einschränkungen fielen im I. Quartal in sämtlichen MOSOEL mit Ausnahme von Tschechien milder aus als in Österreich (Abbildung 2). Dies kam der Wirtschaftsentwicklung zugute: Obwohl das reale BIP in den meisten MOSOEL im I. Quartal 2021 geringer war als im Vorjahr, war die Wachstumsrate im (ungewichteten) Durchschnitt dieser Ländergruppe mit +0,4% bereits positiv, während die Wirtschaft in Westeuropa noch um durchschnittlich 0,7% schrumpfte (Abbildung 3).

Im II. Quartal 2021 begann sich die gesundheitspolitische Lage in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu entspannen, nur in Kroatien, Kasachstan und der Türkei war die Zahl der Neuinfektionen höher als im Vorquartal (Abbildung 1). Angesichts der Abnahme des Infektionsgeschehens wurden die COVID-19-Maßnahmen in den meisten MOSOEL weiter gelockert und bis zur Jahresmitte 2021 weitgehend aufgehoben (Abbildung 2). Eine Ausnahme bildet Russland, wo die Zahl der Neuinfektionen im Juni 2021 sprunghaft anstieg und die COVID-19-assoziierten Todesfälle einen neuen Höchstwert erreichten, woraufhin einige milde COVID-19-Restriktionen wieder eingeführt werden mussten.

Übersicht 2: Arbeitslosenquote, Leistungsbilanz und Budgetsaldo

	Arbeitslosenquote					Leistungsbilanz					Budgetsaldo				
	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	In %, Jahresdurchschnitt					In % des BIP					In % des BIP				
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾²⁾	3,8	4,4	4,8	4,5	4,3	- 0,2	1,5	0,8	0,5	0,5	- 1,0	- 7,1	- 6,1	- 4,2	- 3,1
Bulgarien	4,2	5,1	5,0	4,5	4,5	1,8	- 0,7	- 1,2	- 1,0	- 0,8	2,1	- 3,4	- 3,5	- 2,5	- 2,0
Tschechien	2,0	2,6	3,2	3,2	2,9	0,3	3,6	2,2	2,0	1,5	0,3	- 6,2	- 6,5	- 4,5	- 3,0
Estland	4,4	6,8	6,5	5,5	4,7	2,0	- 0,6	- 0,3	0,1	0,4	0,1	- 4,9	- 6,0	- 4,0	- 2,5
Kroatien	6,6	7,5	7,0	6,8	6,8	2,7	- 1,1	0,6	0,5	0,6	0,3	- 7,4	- 4,0	- 3,0	- 2,5
Ungarn	3,4	4,3	4,3	4,0	4,0	- 0,5	- 0,1	0,3	0,0	0,5	- 2,1	- 8,1	- 6,5	- 4,5	- 3,5
Litauen	6,3	8,5	8,5	7,3	6,5	3,3	8,3	5,1	4,2	3,3	0,5	- 7,4	- 6,0	- 3,0	- 2,0
Lettland	6,3	8,1	8,0	6,8	6,0	- 0,6	3,0	1,6	0,4	0,1	- 0,6	- 4,5	- 7,5	- 3,0	- 1,5
Polen	3,3	3,2	4,0	4,0	3,8	0,5	3,5	2,5	1,7	1,5	- 0,7	- 7,0	- 5,5	- 4,0	- 3,0
Rumänien	3,9	5,0	4,8	4,5	4,0	- 4,9	- 5,2	- 5,2	- 4,6	- 4,0	- 4,4	- 9,2	- 7,5	- 5,0	- 4,0
Slowenien	4,5	5,0	5,2	4,5	4,3	5,6	7,1	6,3	5,9	5,6	0,4	- 8,4	- 5,2	- 3,3	- 0,8
Slowakei	5,8	6,7	7,6	7,4	7,0	- 2,7	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 1,3	- 6,1	- 7,1	- 5,1	- 4,1
Euro-Raum ³⁾	7,6	7,9	8,2	7,9	7,4	3,2	3,0	2,5	2,5	2,5	- 0,6	- 7,2	- 7,1	- 3,4	- 2,6
EU 27 ³⁾	6,7	7,1	7,4	7,1	6,6	3,1	3,0	2,5	2,5	2,5	- 0,5	- 6,9	- 6,9	- 3,2	- 2,5
Westbalkanländer ¹⁾²⁾	13,4	13,1	12,2	11,7	11,0	- 6,2	- 5,7	- 5,9	- 6,1	- 6,3	- 0,3	- 6,9	- 3,7	- 2,6	- 1,5
Albanien	11,5	11,7	11,4	11,2	11,0	- 7,9	- 8,8	- 7,8	- 7,2	- 6,7	- 1,9	- 6,8	- 4,5	- 3,5	- 2,0
Bosnien und Herzegowina	15,7	15,9	15,8	15,0	14,5	- 3,1	- 3,2	- 3,6	- 3,8	- 4,1	1,9	- 4,0	- 2,0	- 0,5	0,2
Montenegro	15,1	17,9	17,5	16,0	16,0	- 14,3	- 26,0	- 23,5	- 18,6	- 16,1	- 2,0	- 10,0	- 5,4	- 4,0	- 3,0
Nordmazedonien	17,3	16,4	16,0	15,5	15,0	- 3,3	- 3,5	- 3,3	- 3,7	- 3,7	- 2,2	- 8,2	- 5,0	- 3,5	- 2,5
Serbien	10,4	9,0	8,0	7,5	7,0	- 6,9	- 4,3	- 5,0	- 6,0	- 6,6	- 0,2	- 8,1	- 4,0	- 3,0	- 2,0
Kosovo	25,7	26,5	26,0	25,0	24,5	- 5,7	- 7,0	- 6,5	- 6,2	- 5,7	1,0	- 1,8	- 1,0	- 0,5	1,0
Türkei	13,7	13,2	13,0	12,3	11,1	0,9	- 5,2	- 3,8	- 3,6	- 3,5	- 3,2	- 2,8	- 3,5	- 2,5	- 2,5
GUS, Ukraine ¹⁾²⁾	5,2	6,2	5,7	5,4	5,2	2,4	1,7	2,3	2,5	2,5	1,3	- 4,1	- 1,6	- 0,2	0,4
Weißrussland	4,2	4,0	4,1	4,2	4,3	- 1,9	- 0,4	0,8	0,4	0,0	2,4	- 1,7	- 2,0	- 2,0	- 1,0
Kasachstan	4,8	4,9	4,9	4,8	4,8	- 4,0	- 3,7	- 2,7	- 1,8	- 0,9	- 1,8	- 4,0	- 3,5	- 2,5	- 2,0
Moldawien	5,1	3,8	4,0	3,5	3,0	- 9,3	- 6,7	- 8,5	- 8,4	- 8,0	- 1,4	- 8,5	- 5,0	- 4,0	- 3,0
Russland	4,6	5,8	5,2	4,9	4,7	3,8	2,3	3,2	3,6	3,6	1,9	- 4,0	- 1,0	0,5	1,0
Ukraine	8,2	9,5	9,0	8,0	8,0	- 2,7	4,0	0,5	- 1,0	- 3,0	- 2,2	- 5,4	- 5,0	- 3,0	- 2,5
Visegrád-Länder ¹⁾²⁾	3,3	3,5	4,2	4,2	4,0	0,0	2,7	1,9	1,4	1,2	- 0,7	- 6,9	- 6,0	- 4,3	- 3,2
Baltische Länder ¹⁾²⁾	5,9	8,0	7,9	6,7	5,9	1,9	4,5	2,7	2,1	1,7	0,1	- 5,9	- 6,4	- 3,3	- 2,0
Südosteuropäische Länder ¹⁾²⁾	7,4	8,1	7,5	7,1	6,6	- 3,3	- 4,2	- 4,1	- 3,9	- 3,6	- 1,9	- 7,7	- 5,7	- 3,9	- 3,0
GUS 3 und Ukraine ¹⁾²⁾⁴⁾	6,6	7,2	7,0	6,4	6,4	- 3,3	- 0,3	- 1,2	- 1,4	- 1,8	- 1,3	- 4,3	- 3,9	- 2,7	- 2,1
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾²⁾	7,5	8,0	7,6	7,2	6,7	1,7	- 0,4	0,3	0,5	0,5	0,1	- 3,9	- 2,2	- 0,9	- 0,5
MOSOEL insgesamt ¹⁾²⁾	6,6	7,1	6,9	6,5	6,0	1,0	0,3	0,5	0,5	0,5	- 0,3	- 5,1	- 3,7	- 2,1	- 1,5

Q: wiw, Eurostat. 2021 bis 2023: wiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 29. 6. 2021. Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – ¹⁾ wiw-Schätzung. – ²⁾ Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – ³⁾ wiw-Prognosen. – ⁴⁾ Ohne Russland.

Wie kräftig die Wirtschaft in den MOSOEL einbrach, hing mit dem Ausmaß der jeweils verhängten COVID-19-Restriktionen zusammen.

Die derzeit in allen MOSOEL laufenden Impfkampagnen schreiten zumeist nur relativ langsam voran. Nur in Ungarn waren Mitte Juli 2021 bereits mehr als 50% der Bevölkerung vollständig gegen COVID-19 geimpft. In Litauen betrug der entsprechende Anteil 42% und war damit etwa gleich hoch wie in Österreich (Abbildung 4). In den meisten MOSOEL lagen die Durchimpfungsraten Mitte Juli jedoch noch weit unter jenen in

Westeuropa. Dies ist einerseits auf einen Mangel an Impfstoff und andererseits auf die niedrige Impfbereitschaft der Bevölkerung zurückzuführen. Insgesamt liegen die Durchimpfungsraten in den MOSOEL weit unter dem für die Herdenimmunität erforderlichen Niveau. Obwohl sie in den kommenden Monaten ansteigen werden, dürfte der Impffortschritt kaum ausreichen, um eine neuerliche COVID-19-Welle hintanzuhalten.

2. Investitionen Hauptstütze des Wachstums – privater Konsum hinkt hinterher

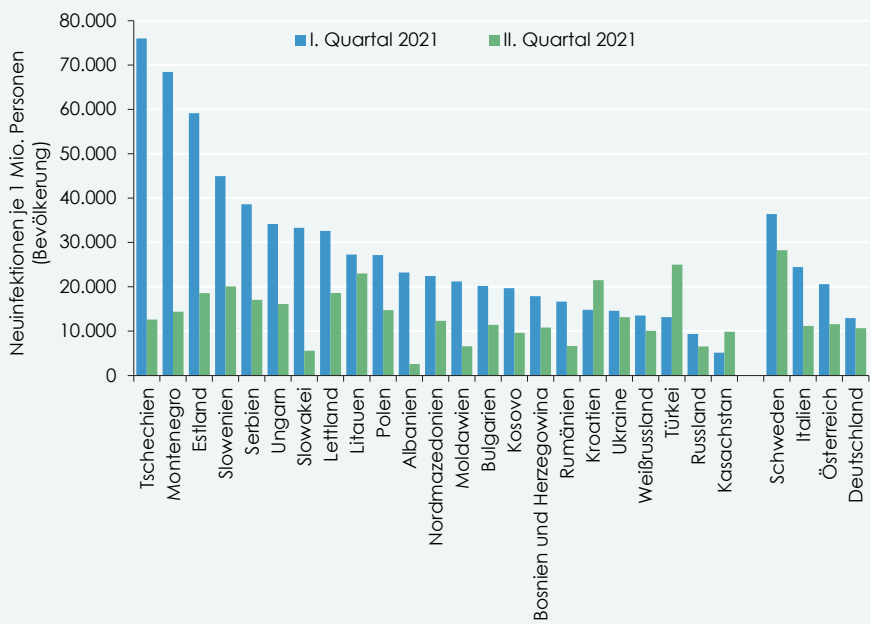
Das BIP-Wachstum in den MOSOEL wurde zuletzt vor allem durch Investitionen getragen. Im I. Quartal 2021 stiegen die Brutto-

anlageinvestitionen in 12 der 19 Länder, für die Daten vorliegen. Im (ungewichteten) Durchschnitt der Ländergruppe wurden sie

um 5% ausgeweitet (Abbildung 5), ähnlich stark wie 2019. Der Anstieg könnte zum Teil durch Investitionsprojekte erklärt werden, die 2020 verschoben wurden und nun umge-

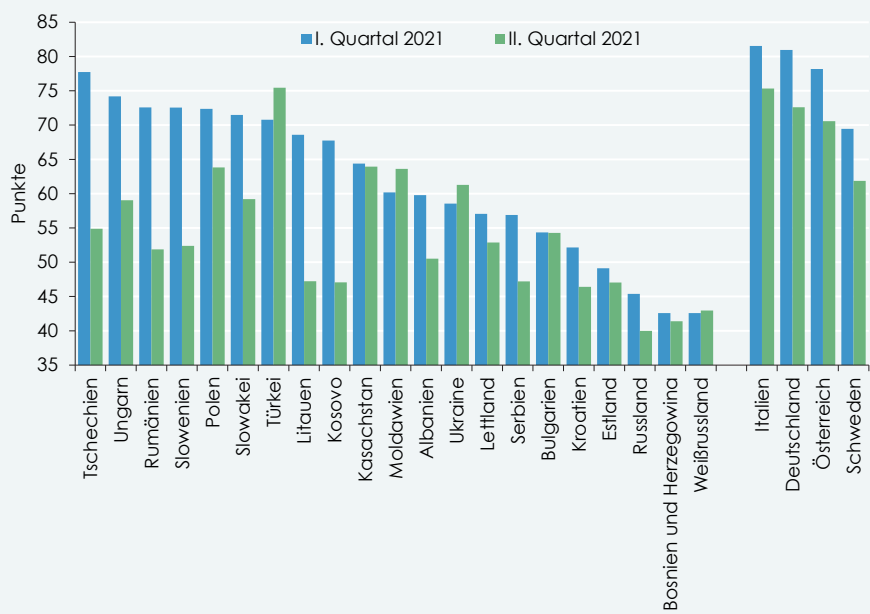
setzt werden. Er deutet aber auch darauf hin, dass viele Unternehmen in der Region positiv in die Zukunft blicken.

Abbildung 1: COVID-19-Neuinfektionen



Q: Our World in Data, University of Oxford.

Abbildung 2: Stringenz-Index



Q: Blavatnik School of Government, University of Oxford.

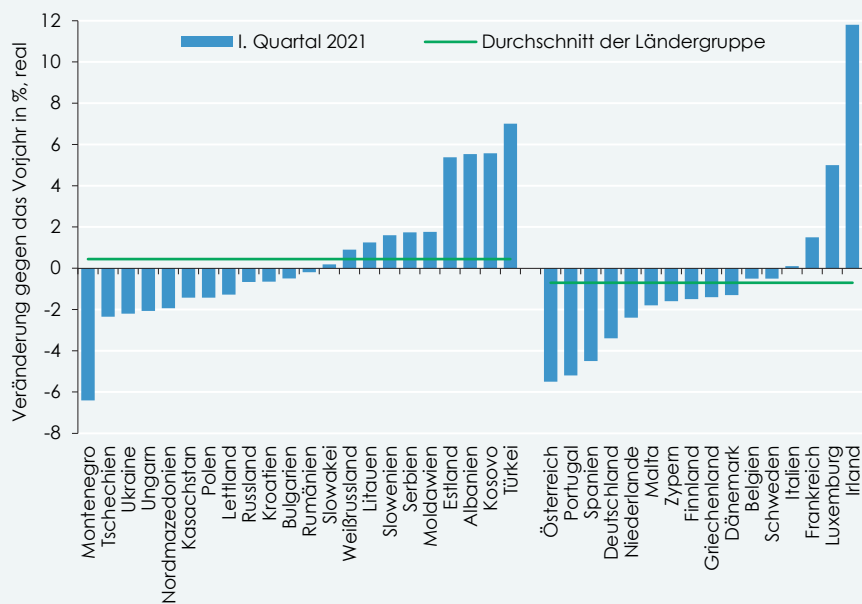
Das Investitionswachstum wurde auch durch die rege FDI-Aktivität unterstützt. Nach dem Einbruch im Vorjahr flossen im I. Quartal 2021 erneut hohe ausländische Direktinvestitionen in die MOSOEL (Abbildung 6). Der Anteil

dieser FDI-Zuflüsse am BIP lag im ungewichteten Durchschnitt der Ländergruppe bei 6,5% und war damit ähnlich hoch wie in den besten Quartalen vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Die Zunahme der FDI-Aktivität

könnte ein Hinweis auf mögliche Nearshoring-Trends sein: Viele westeuropäische Konzerne hatten während der Pandemie mit Problemen in ihren Lieferketten zu kämpfen und entwickeln nun Strategien, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Dazu

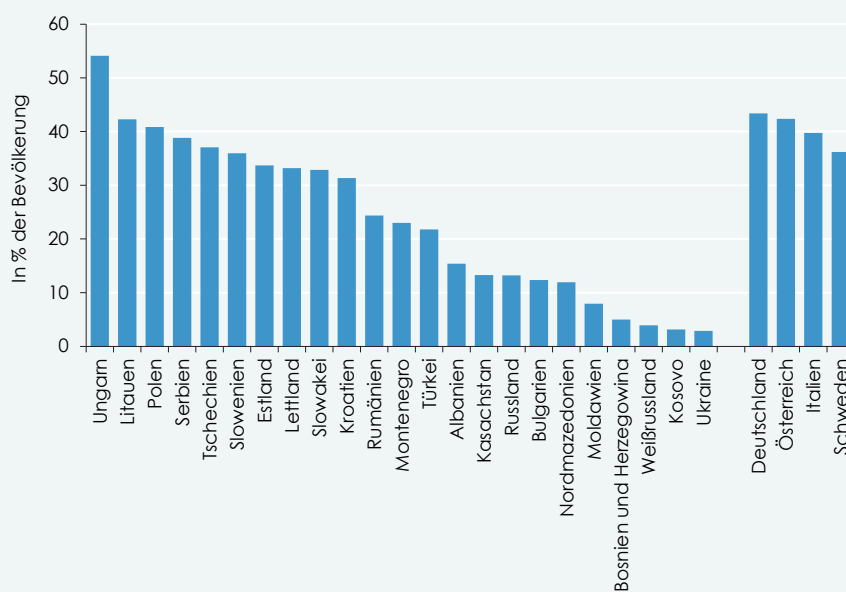
könnten unter anderem verstärkte Investitionen in Regionen wie Mittel-, Ost- und Südosteuropa gehören, die näher an Westeuropa liegen als etwa Ostasien. Die FDI-Zuflüsse in die MOSOEL dürften 2021 jedenfalls deutlich höher ausfallen als im Vorjahr.

Abbildung 3: **Bruttoinlandsprodukt**



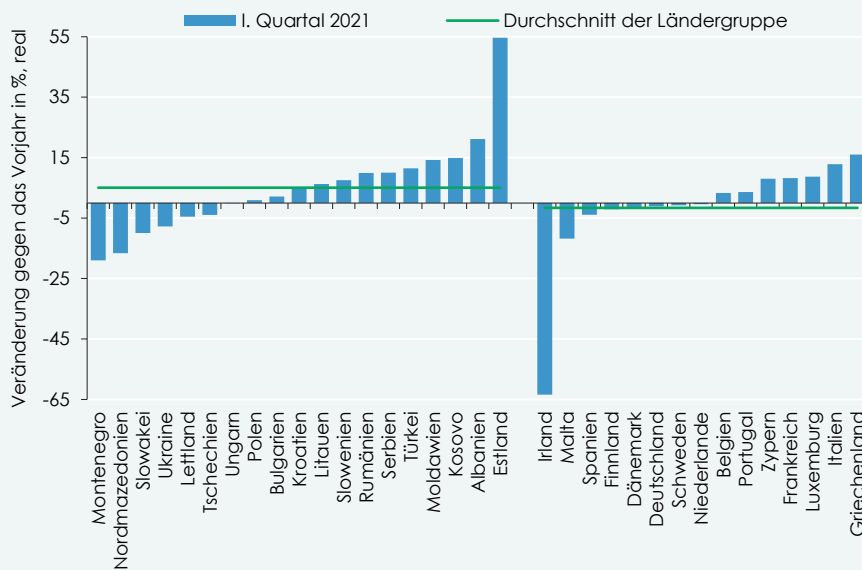
Q: Eurostat und wiiv-Monatsdatenbank.

Abbildung 4: **Vollständig gegen COVID-19 geimpfte Bevölkerung**



Q: Our World in Data, University of Oxford. Daten bis einschließlich 13. 7. 2021, außer für Bosnien und Herzegowina (5. 7. 2021), Weißrussland (13. 6. 2021) und Kosovo (8. 7. 2021).

Abbildung 5: **Bruttoanlageinvestitionen**

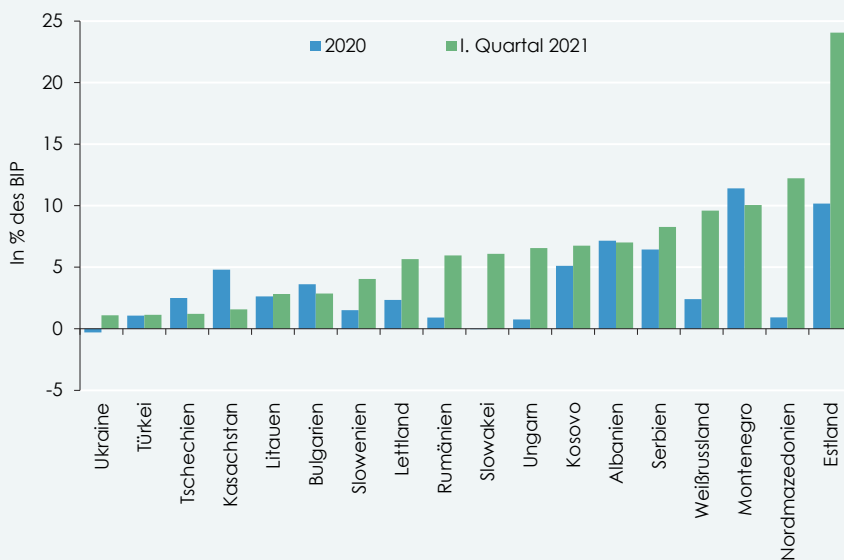


Q: Eurostat und wiw-Monatsdatenbank. Die Daten für den Kosovo und Nordmazedonien beziehen sich auf Bruttoinvestitionen.

Die Exporte entwickelten sich zuletzt ebenfalls günstig: 13 der 19 MOSOEL, für die Daten vorliegen, verzeichneten im I. Quartal 2021 ein Wachstum (Abbildung 7). Im ungewichteten Durchschnitt der Ländergruppe wurden die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im I. Quartal 2021 real um 1,4% ausgeweitet, während sie in allen vier

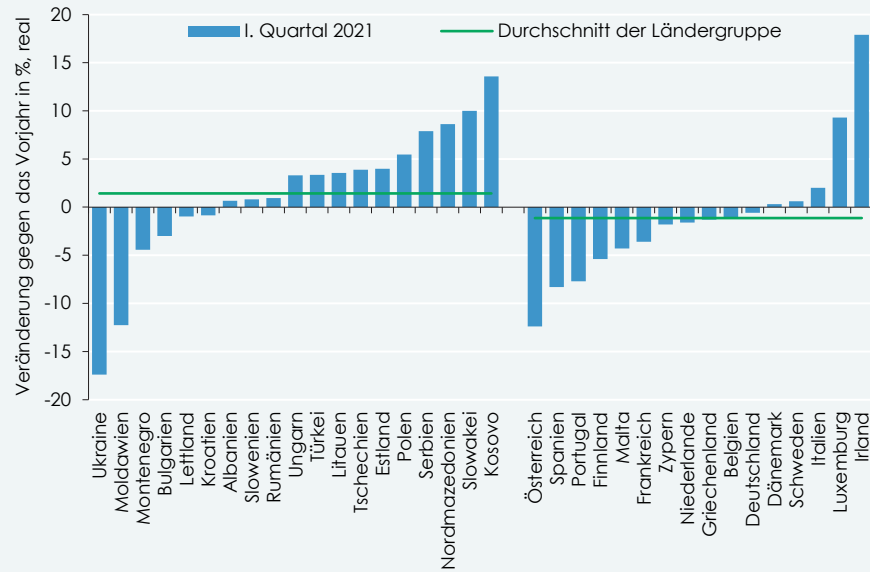
Quartalen 2020 rückläufig gewesen waren. Der Anstieg im I. Quartal 2021 war zum einen dem niedrigen Niveau im Vorjahr geschuldet, zum anderen aber auch der weltweiten Verbesserung der Konjunktur, insbesondere in den USA und China. Im Durchschnitt der westeuropäischen Länder war die Exportentwicklung im I. Quartal 2021 noch negativ.

Abbildung 6: **Ausländische Direktinvestitionen (FDI-Zuflüsse)**



Q: wiw-Monatsdatenbank. Die Daten beziehen sich auf FDI-Zuflüsse (Verbindlichkeiten) aus der Zahlungsbilanzstatistik.

Abbildung 7: **Exporte von Gütern und Dienstleistungen**

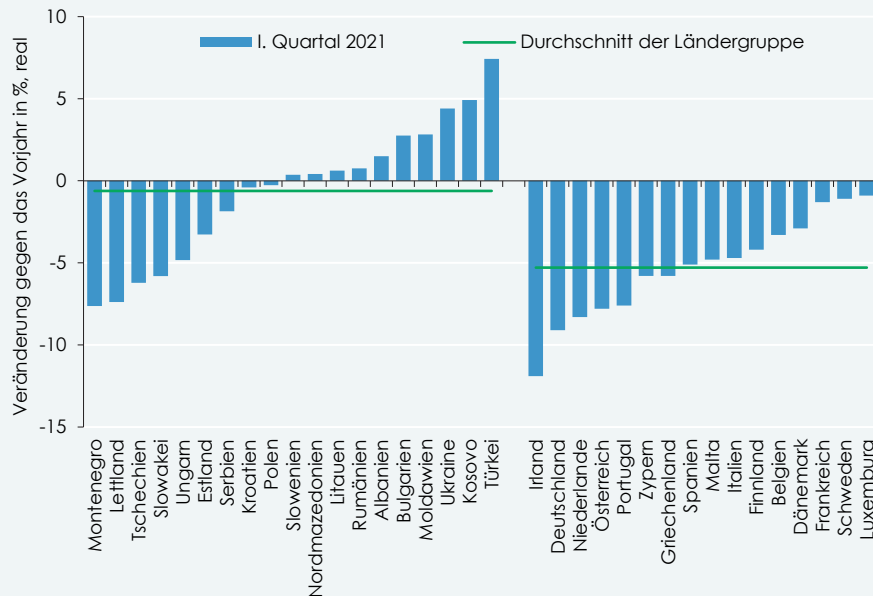


Q: Eurostat und wiiv-Monatsdatenbank.

Der Konsum der privaten Haushalte, der die größte Nachfragekomponente des BIP darstellt, blieb dagegen weiterhin schwach und ging im I. Quartal 2021 im ungewichteten Durchschnitt der MOSOEL um 0,6% zurück, was angesichts der hohen Infektionszahlen nicht überrascht. Dennoch war der Rückgang schwächer als in den drei Quartalen

davor und deutlich geringer als in Westeuropa (Abbildung 8). Dies war bis zu einem gewissen Grad eine Folge der mildereren COVID-19-Maßnahmen, deutet aber auch darauf hin, dass sich die Wirtschaft in den MOSOEL an die Realität der Pandemie angepasst hat.

Abbildung 8: **Konsumnachfrage der privaten Haushalte**



Q: Eurostat und wiiv-Monatsdatenbank.

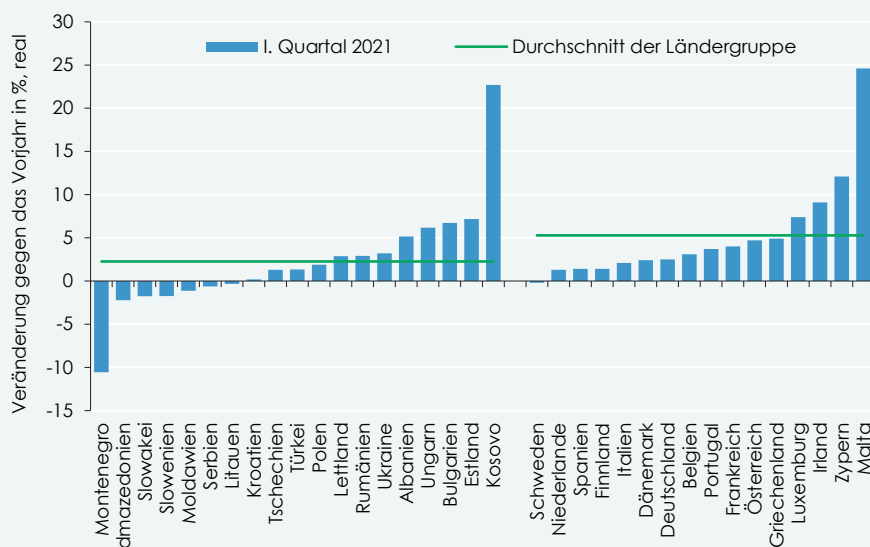
Die einzige wichtige Nachfragekomponente des BIP, die sich in den MOSOEL im I. Quartal 2021 weniger dynamisch entwickelte als in Westeuropa, war der Staatsverbrauch. Er

stieg zwar in den meisten MOSOEL gegenüber dem Vorjahr an und wuchs mit 2,3% im ungewichteten Durchschnitt dieser Ländergruppe ähnlich kräftig wie in den vier

Quartalen davor (Abbildung 9). Das Wachstum war jedoch immer noch deutlich schwächer als in Westeuropa, wo der

Staatsverbrauch im I. Quartal 2021 im Durchschnitt um 5,3% zunahm.

Abbildung 9: **Konsumausgaben des Staates**



Q: Eurostat und wiiv-Monatsdatenbank.

Die Differenzen in der Entwicklung des Staatsverbrauchs spiegeln vor allem die Unterschiede in der Größe und Zusammensetzung der Konjunkturpakete wider. In den MOSOEL waren diese Pakete im Allgemeinen kleiner und stärker auf subventionierte Darlehen und staatliche Kreditgarantien ausgerichtet als in Westeuropa, während direkte Transfers eine geringere Rolle spielten. Dies ist in gewissem Maße eine Folge des geringeren fiskalischen Spielraums der MOSOEL. Diese Länder können sich nur zu ungünstigeren Bedingungen verschulden; einige Länder, wie etwa Moldawien oder

zuletzt auch Weißrussland, haben überhaupt kaum Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten und sind auf externe Unterstützung angewiesen. Im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina wurde die Implementierung der Konjunkturpakete durch beschränkte institutionelle Kapazitäten beeinträchtigt. In Ländern mit vorhandenem fiskalischem Spielraum, wie Russland und zu einem gewissen Grad Ungarn, spielte die politisch motivierte Bestrebung eine Rolle, die Abhängigkeit von ausländischen Gläubigern in Grenzen zu halten.

Die in den MOSOEL im Zuge der COVID-19-Krise verabschiedeten Konjunkturpakete waren im Allgemeinen kleiner und weniger auf direkte Transfers ausgerichtet als in Westeuropa.

3. COVID-19-Krise hinterließ deutliche Narben auf dem Arbeitsmarkt

Ein Jahr nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie ist es etwas einfacher, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu beurteilen. Die Arbeitslosenquote in den MOSOEL stieg 2020 nur um 0,5 Prozentpunkte auf 7,1% (Durchschnitt der Ländergruppe, Übersicht 2). Gleichzeitig war jedoch 2020 die Zahl der Erwerbstätigen in den meisten Ländern der Region deutlich rückläufig. Dies bedeutet, dass ein Teil der im Zuge der Krise freigesetzten Arbeitskräfte in die Nichterwerbstätigkeit überging. Dem entsprechend sanken die Erwerbsquoten.

Ein Vergleich der neuesten Arbeitsmarktdaten mit dem Vorjahr wird durch methodische Änderungen erschwert. Werden

jedoch nur jene MOSOEL betrachtet, für die konsistente Daten vorliegen, zeigt sich, dass die Zahl der Erwerbstätigen im I. Quartal 2021 überall mit Ausnahme der Türkei geringer war als im I. Quartal 2020 (Abbildung 10). Es ist möglich, dass diese Daten durch die staatlichen Maßnahmen der Arbeitsmarktunterstützung verzerrt sind. Alle mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer implementierten beispielsweise, ähnlich wie Österreich, Kurzarbeitsprogramme, wenn auch mit einem niedrigeren Grad an Subventionierung¹⁾. Auch andere MOSOEL trafen verschiedene Maßnahmen zur Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen. Trotzdem gibt es starke Anzeichen dafür, dass infolge der COVID-19-Pandemie auch in Mittel-

¹⁾ Während in Österreich die Ersatzrate bei der Inanspruchnahme von Kurzarbeit bei 85% bis 90% des Gehalts liegt, ist dieser Anteil in den mittel- und osteuro-

päischen EU-Mitgliedsländern deutlich niedriger. In Polen beträgt er gar nur 50%.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hielt sich in den MOSOEL bislang in Grenzen. Allerdings können die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Arbeitsmarkt erst in der Zukunft in vollem Umfang beurteilt werden.

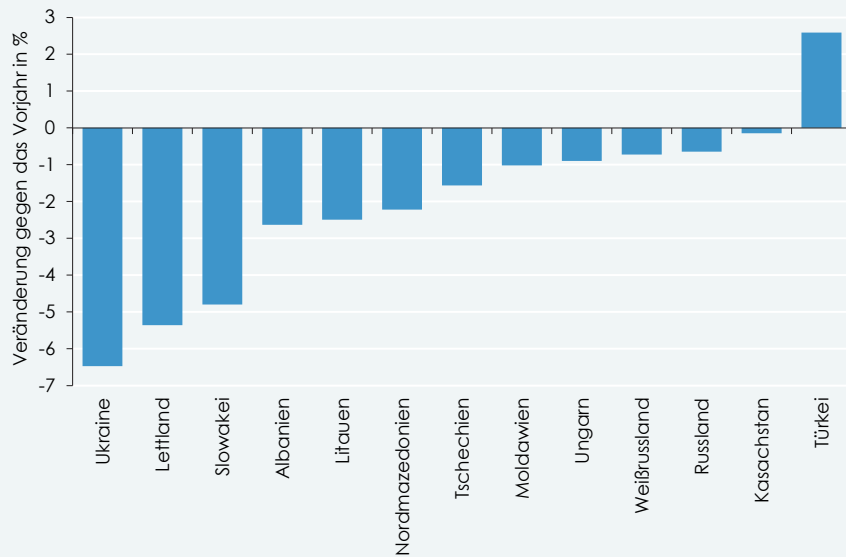
Ost- und Südosteuropa viele Personen ihre Arbeit verloren.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Arbeitsmarkt können erst in den kommenden Monaten – möglicherweise Jahren – in vollem Umfang beurteilt werden. Dank der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und der Moratorien auf Insolvenzen blieb auch in den MOSOEL eine große Insolvenzwelle bislang aus. Im Basisszenario der

wiiw-Prognose, das zumindest die Beibehaltung dieser Maßnahmen und eine robuste wirtschaftliche Erholung voraussetzt, wird damit gerechnet, dass die Arbeitslosenquote in den kommenden Jahren allmählich zurückgeht und bereits 2022 unter das Vorkrisenniveau sinkt (Übersicht 2).

Abbildung 10: **Erwerbstätigkeit**

I. Quartal 2021



Q: wiiw-Monatsdatenbank, Erwerbstätigkeit nach Labour-Force-Konzept.

Sollte jedoch die Zahl der Insolvenzen künftig steigen, wird dies zu einem stärkeren Verlust von Arbeitsplätzen führen, vor allem in den durch die Pandemie stark beeinträchtigten Dienstleistungssektoren, etwa im Gastgewerbe, in der Gastronomie und in Freizeiteinrichtungen. Dieser Verlust wird durch die Ausweitung der Beschäftigung in anderen Sektoren, etwa im IT-Bereich, höchstwahrscheinlich nur unzureichend kompensiert werden. Dies liegt auch daran, dass z. B. die Bereitschaft, auf Home-Office umzusteigen, in den MOSOEL im Allgemeinen geringer ist als in Westeuropa, was den Strukturwandel erschwert.

Durch die degressive Ausgestaltung der Instrumente zur Einkommenssicherung während der Krise droht vor allem Langzeitarbeitslosen eine finanzielle Schiefelage. So sinken beispielsweise in einigen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern die Einkommensersatzraten für Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener nach einer Arbeitslosigkeit von nur sieben Monaten auf deutlich unter 50% des vorherigen Nettolohns. Nach 13 Monaten sind die Sozialleistungen nur in den baltischen Ländern, in Polen und Slowenien noch hoch genug, um ein Abrutschen der Arbeitslosen in die Armut zu verhindern.

4. Anstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise treibt die Inflation

Ähnlich wie im Euro-Raum wurde die Geldpolitik in vielen MOSOEL mit Beginn der COVID-19-Krise deutlich gelockert. Doch anders als im Euro-Raum, wo die Nullzinsgrenze schon vor längerer Zeit erreicht wurde, bestand in diesen Ländern noch genügend Spielraum für Zinssenkungen. Die Leitzinsen wurden im Zuge der Krise stark gesenkt, teils auf ein sehr niedriges Niveau. Darüber

hinaus trugen die in vielen MOSOEL beschlossenen Programme zinsloser oder verbilligter Darlehen zur Kreditexpansion bei.

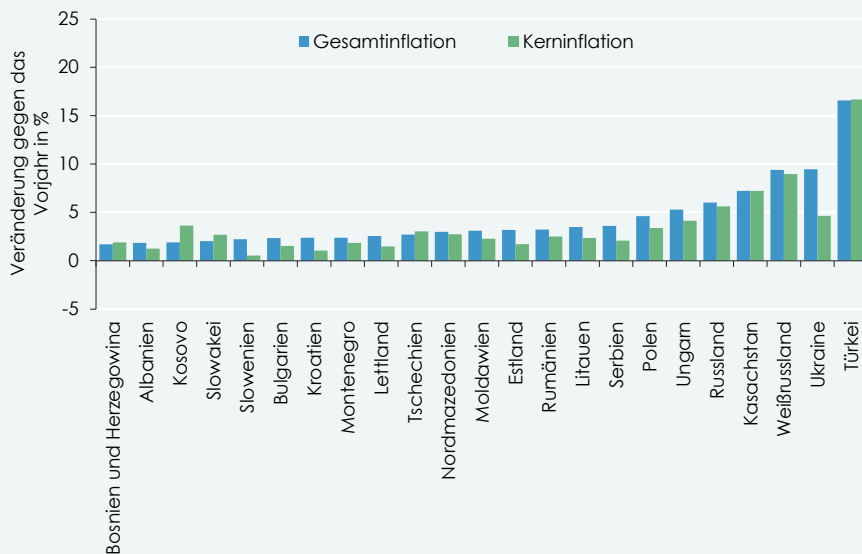
Diese Phase der geldpolitischen Expansion ist nun zumindest in einigen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas vorbei. Der Grund dafür ist der jüngste Anstieg der Inflation. Die Verbraucherpreis-inflation erreichte im Mai

2021 im Durchschnitt der MOSOEL 4,4% und war damit so hoch wie zuletzt Ende 2015. Abgesehen von der Türkei, die historisch betrachtet eine sehr hohe Inflation aufweist, fiel die Teuerung vor allem in den GUS-Ländern und in der Ukraine kräftig aus (Abbildung 11). Aber selbst in einigen mittel- und

osteuropäischen EU-Ländern wie Ungarn oder Polen kletterte die Inflation im Vorjahresvergleich auf etwa 5%. Unter den MOSOEL verzeichneten im Mai 2021 nur noch Bosnien und Herzegowina, Albanien und der Kosovo Inflationsraten von unter 2%.

Abbildung 11: **Gesamt- und Kerninflation der Verbraucherpreise**

Mai 2021, auf Jahresbasis



Q: wiw-Monatsdatenbank.

Es gibt zwar gute Gründe, anzunehmen, dass der jüngste Anstieg der Inflation vorübergehender Natur ist. Für ihn war in erster Linie die Verteuerung der Energie- und Lebensmittelpreise verantwortlich, die in den wirtschaftlich schwächeren MOSOEL ein hohes Gewicht im Verbraucherpreisindex einnehmen. Im Falle der Energiepreise war bislang vor allem der Effekt der niedrigen Basis ausschlaggebend, der in den kommenden Monaten nachlassen wird. Für 2022 wird somit mit einer deutlichen Verlangsamung der Preissteigerung gerechnet, die sich 2023 vertiefen wird (Übersicht 1).

In vielen Ländern schlagen sich jedoch die höheren Energiepreise in einem Anstieg der Gesamtpreise nieder, wie man an der Entwicklung der Kerninflation erkennen kann

5. Ausblick

Durch die weltweite Konjunkturerholung und die jüngsten Fortschritte bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie verbesserten sich die Wachstumsaussichten für die MOSOEL. Im Durchschnitt der Ländergruppe dürfte das BIP-Wachstum 2021 4,2% betragen (Übersicht 1). Die Verluste aus dem Vorjahr (-2,3%) dürften somit bereits 2021 mehr als kompensiert werden. Für die kommenden zwei Jahre wird aus heutiger Sicht eine

(Abbildung 11). Auch die Unterbrechungen von Versorgungsketten im Zuge der COVID-19-Krise befeuerten die Inflation. Darüber hinaus wirken sich in einigen MOSOEL zunehmend nachfrageseitige Einflüsse auf die Inflation aus, die sich aus dem starken Aufschwung der Wirtschaft ergeben. Diese Entwicklungen führten in mehreren Ländern der Region bereits zu einer Straffung der Geldpolitik. Während die Notenbank der USA und die EZB an ihrer sehr expansiven Ausrichtung festhalten, hoben in den letzten Monaten sechs MOSOEL (Weißrussland, Russland, Türkei, Ukraine, Ungarn und Tschechien) den Leitzins an. Bis Jahresende 2021 dürften noch einige weitere Länder folgen, sobald sich eine ausreichende Verbesserung der Konjunkturlage abzeichnet. Dazu zählen insbesondere Serbien, Rumänien und Moldawien.

leichte Abkühlung der Konjunktur erwartet: Das BIP-Wachstum dürfte sich 2022 auf 3,6% und 2023 auf 3,4% verlangsamen. Damit wird es sich dem langfristigen Trend annähern.

Am kräftigsten dürfte 2021 die Wirtschaft Montenegros wachsen (+6,5%). Dies ist allerdings in erster Linie auf die sehr niedrige Basis des Vorjahres zurückzuführen. Auch in der

Angesichts des jüngsten Anstiegs der Inflation ist die Phase der geldpolitischen Expansion in vielen MOSOEL vorbei.

Im Durchschnitt der MOSOEL dürfte das BIP 2021 real um 4,2% wachsen, wodurch die Verluste des Vorjahres mehr als ausgeglichen würden.

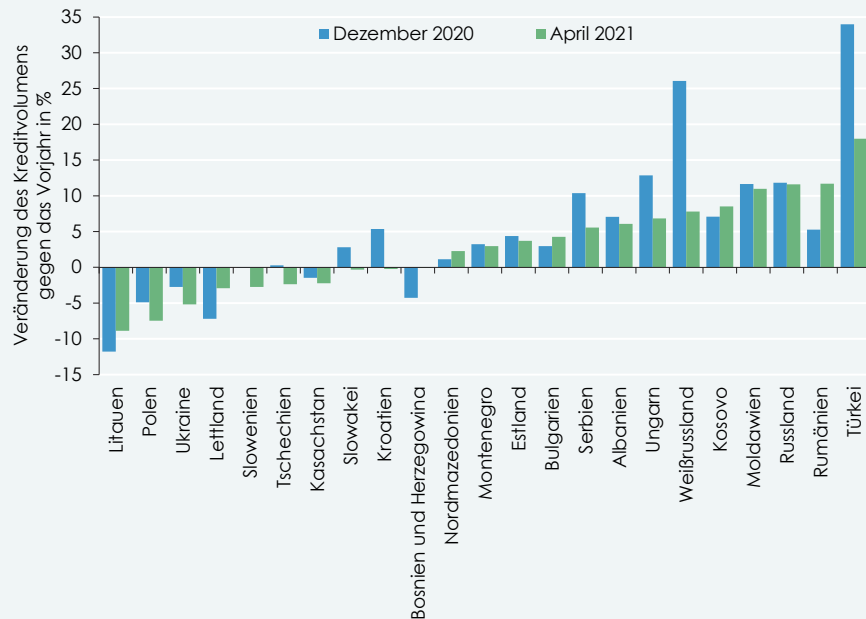
Türkei und Serbien wird das BIP-Wachstum 2021 bei etwa 6% liegen, was zum großen Teil der expansiven Geld- bzw. Fiskalpolitik dieser Länder geschuldet ist. Am unteren Ende des Prognosespektrums liegt Weißrussland, dessen BIP heuer um lediglich 2,5% zulegen dürfte, nicht zuletzt aufgrund der jüngst verhängten Wirtschaftssanktionen der EU.

Anders als noch im I. Quartal wird das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2021 vor allem durch den privaten Konsum getragen werden. Die privaten Haushalte fangen an, mehr auszugeben, da das Infektionsgeschehen zuletzt deutlich abnahm, und greifen dabei auf die in der akuten Phase der Pandemie angehäuften Ersparnisse zurück. In der Zwischenzeit zieht auch ihre Nachfrage nach Hypothekar- und Konsumkrediten an, sodass die Banken ihren Fokus zunehmend auf das Haushaltssegment verlagern (Abbildungen 12 und 13)²⁾. Die Investitionen dürften weiter wachsen, wobei diese Ausweitung weiterhin durch den starken Zufluss ausländischer Direktinvestitionen unterstützt werden wird. Die Exporte der MOSOEL dürften von der internationalen Konjunkturerholung sowie – im Falle der GUS und der Ukraine – vom Anstieg der Rohstoffpreise profitieren. Gleichzeitig könnte jedoch der anhaltende

weltweite Mangel an Mikrochips die Produktion und die Ausfuhr von Kfz beeinträchtigen. Dieser Wirtschaftszweig spielt vor allem in den Visegrád-Ländern und in Slowenien eine wichtige Rolle.

Der Tourismus sollte sich 2021 deutlich besser entwickeln als im Vorjahr, was sich positiv auf die Wirtschaft einiger MOSOEL auswirken wird. Die Reisebeschränkungen wurden zuletzt in fast ganz Europa deutlich gelockert und der internationale Reiseverkehr nahm wieder zu. Dennoch wird 2021 das Niveau vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie bei Weitem nicht erreicht werden. Selbst in Kroatien, das aus vielen europäischen Ländern mit dem Auto erreichbar ist, dürften die touristischen Ankünfte kaum mehr als 70% des Vorkrisenniveaus betragen. Länder wie Bulgarien oder Montenegro, die geographisch weiter entfernt liegen, werden noch weniger Ankünfte verzeichnen, da Fernreisen nach wie vor zum Teil schwierig sind. Gleichzeitig profitiert die Wirtschaft derjenigen MOSOEL, die vor der COVID-19-Krise bedeutende Importeure von Tourismusdienstleistungen waren, etwa Russlands³⁾, von den bestehenden Reisebeschränkungen und von der Umorientierung der Touristenströme auf den Binnenmarkt.

Abbildung 12: Unternehmenskredite

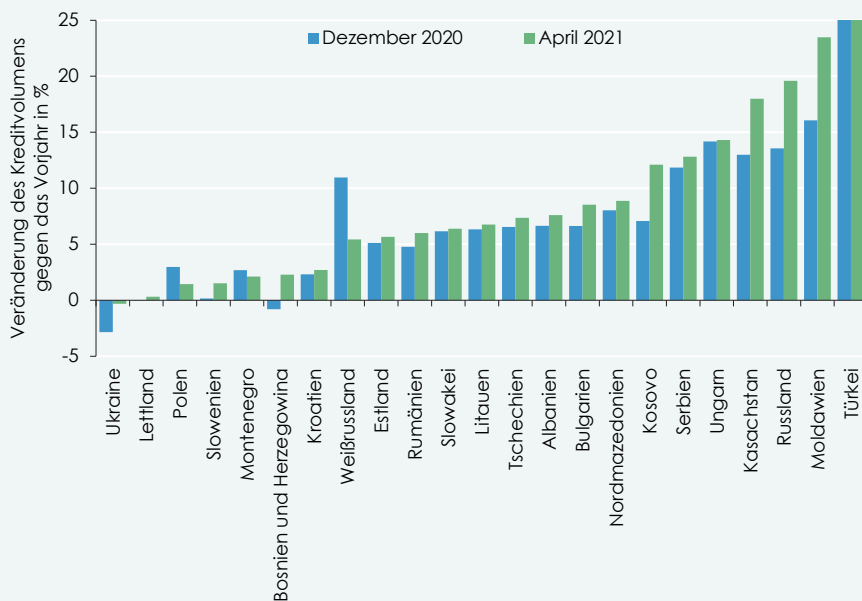


Q: wiw-Monatsdatenbank.

²⁾ Gleichzeitig lässt die Dynamik der Kreditausweitung an die Unternehmen nach, weil einige staatliche Unterstützungsmaßnahmen wie Kreditsubventionen, die bislang eine wichtige Stütze der Kreditexpansion waren, inzwischen ausgelaufen sind.

³⁾ Auch die bislang fehlende formale Anerkennung des russischen Impfstoffes Sputnik V durch die EU trägt zu dieser Entwicklung bei.

Abbildung 13: **Haushaltskredite**



Q: wiw-Monatsdatenbank.

Ab Ende 2021 wird die wirtschaftliche Erholung in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern auch von den EU-Transfers profitieren, insbesondere von der neu eingerichteten Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF). Über die RRF sollen bis 2023 EU-weit 312,5 Mrd. € an Zuschüssen und 360 Mrd. € an zinsgünstigen Darlehen an die Mitgliedsländer fließen (zu Preisen von 2018). Diese Mittel sollen insbesondere Investitionen in den Bereichen Digitalisierung und Klimawandel unterstützen. Zu diesem Zweck legten bereits alle mittel- und osteuropäischen EU-Länder Aufbau- und Resilienzpläne vor, die konkrete, bis 2026 geplante Reform- und Investitionsvorhaben umreißen. 13% der beantragten RRF-Zuschüsse könnten bereits in den kommenden Monaten an diese Länder fließen⁴).

In den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern werden die RRF-Zuschüsse im Verhältnis zur Größe ihrer Wirtschaft besonders umfangreich sein, vor allem in Kroatien und Bulgarien, wo sie pro Jahr im Durchschnitt 3,7% bzw. 3,3% des BIP ausmachen werden. Dies ist vergleichbar mit dem Umfang der EU-Transfers, die diese Länder seit 2014 erhielten und die insbesondere für

öffentliche Investitionen eine wichtige Stütze darstellten. Tschechien wird dagegen mit nur 1% des BIP pro Jahr die geringsten RRF-Zuschüsse erhalten, verfügt allerdings unter den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern über die höchste Wirtschaftsleistung pro Kopf.

Trotz dieses positiven Ausblicks wird das Wirtschaftswachstum in den MOSOEL sowohl 2021 als auch 2022 schwächer sein als im Euro-Raum. Dies liegt in erster Linie an der höheren Basis: Der Einbruch 2020 war in den MOSOEL deutlich gemäßigt als im Euro-Raum. Somit wird in den MOSOEL erst 2023 ein höheres Wachstum erwartet als im Euro-Raum, was ein Aufholen des Wachstumsrückstandes auf den EU-Durchschnitt ermöglicht (Übersicht 1). Das Tempo dieses Aufholprozesses wird allerdings langsamer sein als in der Vergangenheit. Die für 2023 prognostizierte Wachstumsdifferenz zwischen den MOSOEL und dem Euro-Raum beträgt nur 0,9 Prozentpunkte, weniger als die 1 bis 2 Prozentpunkte in den Jahren vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die 2 bis 3 Prozentpunkte vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/09.

6. Hauptrisiken der Prognose: Erneute Pandemiewelle und vorzeitige Budgetkonsolidierungen

Prognosen sind derzeit naturgemäß mit sehr hohen Risiken behaftet, insbesondere nach unten. Vor allem zwei dieser Risiken sollten hervorgehoben werden. Zum einen besteht

trotz der jüngsten Fortschritte bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie erhebliche Unsicherheit über ihren weiteren Verlauf. Angesichts der zunehmenden

⁴) Mit Ausnahme Rumäniens verzichteten allerdings fast alle mittel- und osteuropäischen EU-Länder entweder teilweise oder ganz (darunter Tschechien,

Ungarn und die Slowakei) auf die Darlehenskomponente der RRF.

Verbreitung der Delta-Variante des SARS-CoV-2-Virus und der niedrigen Impfraten ist auch in den MOSOEL bald mit einer vierten Welle zu rechnen. Russland befindet sich bereits in einer solchen. Eine erneute Zunahme des Infektionsgeschehens in den MOSOEL wird die teilweise Wiedereinführung von COVID-19-Maßnahmen erfordern. Ein solches Szenario ist angesichts der jüngsten Erfahrungen in Ländern wie Chile und Israel nicht auszuschließen. Selbst hohe Impfraten könnten erneute Ausbrüche der Pandemie dort nicht verhindern.

Zugleich ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine vierte COVID-19-Welle der Wirtschaft der MOSOEL einen ähnlich großen Schaden zufügen würde wie die ersten beiden. Zum einen werden die Restriktionen in diesem Fall nicht mehr so streng sein wie 2020 – dies konnte bereits während der dritten Welle im I. Quartal 2021 beobachtet werden. Zum anderen hat sich die Wirtschaft weitgehend an die Bedingungen der Pandemie angepasst, etwa durch die Umstellung auf Home-Office und Online-Shopping oder den Strukturwandel zugunsten der weniger krisengeschüttelten Sektoren. Daher würde eine vierte Welle höchstwahrscheinlich nur zu einer Wachstumsverlangsamung und nicht zu einer erneuten Rezession führen.

Das zweite Prognoserisiko bezieht sich auf die Möglichkeit vorzeitiger Budgetkonsolidierungen in den MOSOEL. Das in den Übersichten 1 und 2 dargestellte Basisszenario geht

von der weitgehenden Fortführung der COVID-19-Konjunkturpakete aus, die vielen Unternehmen und den dort Beschäftigten bislang einen Schutzschirm boten. Der prognostizierte Abbau der Budgetdefizite nach dem 2020 erreichten Hoch (5,1% des BIP im Durchschnitt der MOSOEL) ist in diesem Szenario durch den Anstieg der Steuereinnahmen im Zuge der Erholung und nicht durch Sparmaßnahmen bedingt.

Die wirtschaftliche Erholung, der schwindende fiskalische Spielraum und die nachlassende Bereitschaft, vermeintlich nicht überlebensfähige Unternehmen dauerhaft zu unterstützen, könnten jedoch einige Regierungen dazu veranlassen, eine baldige Budgetkonsolidierung in Erwägung zu ziehen. Dies könnte insbesondere in den vom Tourismus abhängigen Ländern mit hoher Staatsverschuldung (wie Albanien oder Montenegro) sowie in Ländern der Fall sein, die auf externe Unterstützung angewiesen sind (Ukraine, Weißrussland, Moldawien oder Bosnien und Herzegowina). Anders als die mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder werden diese Länder auch kaum von den EU-Transfers profitieren. Derartige Sparmaßnahmen würden eine Welle von Insolvenzen und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit auslösen, was sich äußerst negativ auf die Binnennachfrage und das Wirtschaftswachstum auswirken würde.